

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

33. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 27. Mai 1980	Nummer 47
--------------	--	-----------

Inhalt

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
21. 4. 1980	Finanzminister RdErl. – Abschlagszahlung auf die zu erwartende allgemeine Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge, der Anwärterbezüge und sonstigen Verbesserungen	934

II.

Finanzminister

Abschlagszahlung auf die zu erwartende allgemeine Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge, der Anwärterbezüge und sonstigen Verbesserungen

RdErl. d. Finanzministers v. 21. 4. 1980 –
B 2100 – 60 – IV A 2

Der Bund bereitet zur Zeit ein Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1980 vor (Bundesbesoldungs- und -versorgungs-erhöhungsgesetz 1980 – BBVEG 80). Nach dem Entwurf soll mit unmittelbarer Geltung auch für den Bereich der Länder mit Wirkung vom 1. März 1980 eine Erhöhung der Grundgehälter und Amtszulagen sowie der Ortszuschläge und der Anwärterbezüge um 6,3 v. H. vorgenommen werden. Daneben ist für Empfänger niedrigerer Besoldungs- und Versorgungsbezüge eine einmalige zusätzliche Zahlung vorgesehen. Außerdem erhalten Beamte, deren Bezüge monatlich 1900 DM nicht erreichen, eine Zulage von monatlich 13 DM.

Nach dem Vermerk zu Kapitel 1402 Titel 461 10 des Landshaushalts 1980 ist der Finanzminister ermächtigt, entsprechend dem Vorgehen des Bundes Abschlagszahlungen auf die zu erwartenden Erhöhungsbeträge zu leisten. Zur Durchführung der Abschlagszahlungen bitte ich folgendes zu beachten:

1 Allgemeines

Die erhöhten Bezüge und die zusätzliche Zahlung sind den Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Landes – möglichst mit den Bezügen für den Monat Juni 1980 – zu zahlen. Für die Monate März bis Mai 1980 sind entsprechende Nachzahlungen zu leisten. Die Zahlungen werden unter dem Vorbehalt einer späteren gesetzlichen Regelung geleistet; der Vorbehalt bezieht sich auf die Mehrbeträge, die sich gegenüber den nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften zu zahlenden Bezügen ergeben.

2.1 Abschlagszahlung auf die erhöhten Dienstbezüge

2.11 Die Grundgehaltssätze der Besoldungsordnungen A, B, C und R werden durch die Sätze der beigefügten Anlage 1 ersetzt. An die Stelle der bisherigen Grundgehälter der Besoldungsordnung H sowie der Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt treten ebenfalls die Beträge der Anlage 1. Soweit Hochschullehrer auf Grund der Vorbemerkungen zur Besoldungsordnung H noch Sondergrundgehälter oder Zuschüsse zum Grundgehalt erhalten, werden diese um 6,3 v. H. erhöht. Bruchteile von Pfennigbeträgen werden auf volle Pfennige aufgerundet.

2.12 Die Sätze der Amtszulagen der Bundesbesoldungsordnungen A und R sowie der Landesbesoldungsordnung A (Anlage 1 in Verbindung mit Anlage 2 des LBesG 77) werden um 6,3 v. H. erhöht. Die Beträge der Amtszulagen sind in der Anlage 3 ausgewiesen.

2.13 Zuschüsse zum Grundgehalt nach Nummer 1 und 2 der Vorbemerkungen zur Bundesbesoldungsordnung C werden, soweit sie in festen Beträgen festgesetzt sind, um 6,3 v. H. erhöht. Nummer 2.11 Satz 4 gilt entsprechend.

Anlage 1

Anlage 3

Anlage 2

2.14 Die Sätze der Ortszuschläge werden durch die Sätze der beigefügten Anlage 2 ersetzt.

2.15 Bei Überleitungs- und Ausgleichszulagen ist wie folgt zu verfahren:

2.151 Ausgleichszulagen nach Artikel V § 4 des AnpGNW-2. BesVNG nehmen in der sich am 1. März 1980 ergebenden Höhe an der Erhöhung um 6,3 v. H. teil. Nummer 2.11 Satz 4 gilt entsprechend.

2.152 Überleitungszulagen nach Artikel IX § 11 des 2. BesVNG und nach Artikel V § 3 Abs. 1 des AnpGNW-2. BesVNG oder nach Artikel III Abs. 1 des 2. AnpGNW-2. BesVNG nehmen an der Erhöhung um 6,3 v. H. teil, sofern sie für die Verminderung des Grundgehalts oder des Ortszuschlags oder für den Wegfall oder die Verminderung einer Amtszulage gewährt werden. Nummer 2.11 Satz 4 gilt entsprechend.

Überleitungszulagen, die für den Wegfall oder die Verminderung von ruhegehaltsfähigen Stellenzulagen gewährt werden, nehmen an der Erhöhung nicht teil.

2.153 Die Ausgleichszulage in Artikel 13 des Finanzanpassungsgesetzes in der Fassung des Artikels V § 6 des 2. BesVNG ist ebenfalls um 6,3 v. H. zu erhöhen. Nummer 2.11 Satz 4 gilt entsprechend.

2.154 Ausgleichszulagen nach Artikel IX § 12 des 2. BesVNG, nach Artikel V § 3 Abs. 1 des AnpGNW-2. BesVNG und Artikel 1 § 4 des Haushaltstrukturgesetzes vermindern sich nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften.

2.2 Abschlagszahlung auf die erhöhten Versorgungsbezüge

2.21 Die Nrn. 2.11, 2.12, 2.13, 2.14 und 2.15 gelten entsprechend für die Berechnung der Versorgungsbezüge.

2.22 Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezüge ein Grundgehalt oder eine Amtszulage nach einer Besoldungsgruppe des früheren Landesbesoldungsrechts zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze und die Amtszulagen um 6,3 v. H. erhöht.

2.23 Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezüge eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegt, wird die Grundvergütung um 6,3 v. H. erhöht.

2.24 Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 6,1 v. H. erhöht.

2.25 Ausgleichszulagen nach Artikel 1 § 4 des Haushaltstrukturgesetzes vermindern sich nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften. Ich nehme insoweit auf die Nrn. 2.8 bis 2.8 meines RdErl. v. 9. 2. 1976 (MBI. NW. S. 248) Bezug.

2.26 Die ab 1. März 1980 maßgebenden Mindestversorgungsbezüge, Mindestunfallversorgungsbezüge und Mindestkürzungsgrenzen nach dem Beamtenversorgungsgesetz ergeben sich aus der Anlage 4.

Anlage 4

2.3 Abschlagszahlung auf die erhöhten Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen

Die Anwärterbezüge für die Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst sowie die Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungslehrlinge und Verwaltungspraktikanten ergeben sich aus der Anlage 5. Nummer 1 gilt entsprechend auch für Verwaltungslehrlinge und Verwaltungspraktikanten.

Der Berechnung der Sonderzuschläge nach § 2 der Verordnung über die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen an Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst vom 20. Februar 1978 (BGBl. I S. 276) sind die in Betracht kommenden Beträge der Anlage 5 zugrunde zu legen; die Sonderzuschläge nach § 6 der Verordnung bleiben dagegen unverändert.

Anlage 5

3 Abschlagszahlung auf die zusätzliche Zahlung

3.1 Die am 1. März 1980 vorhandenen Empfänger von Dienst- und Versorgungsbezügen erhalten Abschlagszahlung auf die zusätzliche Zahlung nach Maßgabe des Abschnitts II §§ 5 bis 8 BBVEG 80. Die Vorschriften sind in der Anlage 6 abgedruckt.

Ich weise besonders darauf hin, daß für die Berechnung des Betrages von 110 DM und des Unterschiedsbetrages im Sinne von § 6 Abs. 1 unabhängig von dem nach den Vorschriften des BBesG tatsäch-

Anlage 6

lich zustehenden Ortszuschlag fiktiv der Ortszuschlag der Stufe 2 zugrunde zu legen ist.

- 3.2 Für Empfänger von Unterhaltsbeiträgen nach § 38 BeamVG und § 152 LBG 70 beträgt die Mindestgrenze bei der Berechnung der zusätzlichen Zahlung nach § 7 82,50 DM, wenn der Unterhaltsbeitrag wegen völliger Erwerbsunfähigkeit in Höhe von 66 2/3 v.H. der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge gezahlt wird; im übrigen gilt für sie als Mindestgrenze der der Erwerbsminderung entsprechende Teilbetrag von 82,50 DM.
- 3.3 Nach § 8 Abs. 1 wird die zusätzliche Zahlung für jeden Berechtigten nur einmal gewährt. Wenn eine Person Ansprüche aus mehreren Rechtsverhältnissen besitzt, richtet sich die zusätzliche Zahlung entsprechend der Regelung in den Absätzen 2 und 3 nach dem vorrangigen Rechtsverhältnis. Entfällt die zusätzliche Zahlung in dem vorrangigen Rechtsverhältnis wegen Überschreitung der Mindestgrenze, kommt eine Zahlung nach Absatz 6 nicht mehr in Betracht. Absatz 6 gilt nur für solche Konkurrenz-
tatbestände, in denen aus beiden Rechtsverhältnissen eine zusätzliche Zahlung zu gewähren wäre.

4 Abschlagszahlungen auf die Zulage nach Abschnitt IV § 11 BBVEG 80

- 4.1 Empfänger von Dienst- oder Anwärterbezügen erhalten Abschläge auf die monatliche Zulage von 13 DM bzw. 6,50 DM nach Maßgabe des als Anlage 7 beigefügten Abschnitts IV §§ 10 bis 12 BBVEG 80. Ich bitte, dabei folgendes zu beachten:
 - 4.2 Nummer 3.1 Satz 3 gilt entsprechend für die Berechnung des Betrages von 1900 DM.
 - 4.3 Die Nummern 4.1 und 4.2 gelten entsprechend für Empfänger von Unterhaltsbeihilfen.
- 5 Den Gemeinden, Gemeindeverbänden und den sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.

Im Einvernehmen mit dem Innenminister.

1. Bundesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbezüge in DM)

Anlage 1

Besoldungsgruppe	Ortsab- schlags-Tarif-Klasse	Dienstalterssätze												Dienst- alters- zulage
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
A 1		869,29	918,73	948,21	977,67	1007,13	1036,59	1066,05	1095,51	1124,97	1155,43	1185,89	1216,35	1246,81
A 2		941,95	971,41	1003,87	1030,33	1059,79	1089,25	1118,71	1148,17	1177,63	1207,09	1236,46	1266,82	1296,18
A 3		1009,14	1040,26	1071,38	1102,50	1133,62	1164,74	1195,86	1226,98	1258,10	1289,22	1319,32	1349,44	1379,56
A 4		1047,26	1083,36	1119,36	1155,36	1191,36	1227,36	1263,36	1299,35	1335,36	1371,36	1407,39	1443,43	1480,43
A 5		1084,22	1125,25	1166,28	1207,31	1248,34	1289,37	1330,40	1371,43	1412,46	1453,49	1493,53	1533,57	1574,59
A 6		1147,97	1190,51	1233,05	1275,59	1318,13	1360,67	1403,21	1445,75	1488,29	1530,83	1574,39	1620,43	1667,35
A 7		1240,39	1282,93	1325,47	1368,01	1410,55	1453,09	1495,63	1538,17	1582,14	1626,80	1671,46	1717,77	1767,35
A 8		1299,01	1351,44	1403,32	1456,30	1506,73	1561,62	1616,67	1671,72	1729,61	1790,72	1851,33	1912,94	1974,05
A 9		1451,50	1505,59	1561,55	1618,73	1676,60	1739,64	1802,68	1865,72	1928,76	1991,80	2054,84	2117,88	2180,92
A 10	I a	1589,42	1667,74	1746,06	1824,38	1903,70	1981,02	2059,34	2137,66	2215,98	2294,30	2372,62	2450,94	2539,26
A 11		1851,87	1932,11	2012,35	2092,59	2172,83	2253,07	2333,31	2413,55	2493,79	2574,03	2654,27	2734,51	2814,75
A 12		2015,89	2112,57	2203,25	2303,93	2399,61	2495,29	2590,97	2686,65	2782,33	2878,01	2973,69	3069,37	3165,05
A 13		2285,33	2388,63	2491,93	2595,23	2698,53	2801,83	2905,13	3009,43	3111,73	3215,03	3310,33	3421,63	3521,93
A 14		2352,51	2456,28	2569,22	2751,16	2938,10	3022,04	3155,98	3283,92	3423,85	3557,80	3691,74	3825,68	3959,62
A 15	I b	2652,19	2799,73	2946,97	3094,21	3211,45	3388,69	3535,93	3685,17	3830,41	3977,65	4124,89	4272,13	4419,37
A 16		2948,00	3118,30	3285,60	3458,90	3629,20	3799,50	3969,80	4140,10	4310,40	4480,70	4651,00	4821,30	4991,60

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	Ortsab- schlags-Tarif-Klasse	Dienstalterssätze												DM
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
B 1		4713,85												5243
B 2		5500,60												5289
B 3		5849,13												5359
B 4		6237,90												5489
B 5		6603,94												5611
B 6		7105,12												5680
B 7		7514,32												5785
B 8		7941,55												6304
B 9		8472,61												
B 10		8918,58												
B 11		9407,32												

1) Die Dienstalterszulage beträgt

A 6	1	10	42,54	A 8	1	5	5	5243
A 7	1	8	42,54			8	8	5289
	9	11	43,66			9	9	5359
	11	12	46,31			12	12	5489
	12	13	49,58	A 9	1	2	2	5611
						3	4	5680
						4	5	5785
						5	5	6304

936

3. Bundesbeoldungsordnung C

Bekol- dungs- gruppe	Ortszu- schling- Tarif- Klasse	C 1	I b	Dienstaltersstufe				Dienstalterstufe				Dienst- alters- zulage					
				Stufe 1	2813,91	Stufe 2	2917,24	Stufe 3	3020,54	Stufe 4	3020,54						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15			
C 2		2291,61	2456,21	2620,81	2785,41	2950,01	3114,61	3279,21	3443,81	3608,41	3773,01	3937,61	4102,21	4266,81	4431,41	4596,01	164,60
C 3	I b	2589,87	2776,23	2962,59	3148,95	3335,31	3521,67	3708,03	3894,39	4080,75	4267,11	4453,47	4639,83	4826,19	5012,55	5198,31	185,36
C 4	I a	2354,16	2541,52	2728,86	2916,20	4103,51	4290,88	4478,22	4665,56	4852,90	5040,24	5227,58	5414,92	5602,26	5789,60	5976,94	182,34

4. Bundesbeoldungsordnung R

Bekol- dungs- gruppe	Ortszu- schling- Tarif- Klasse	R 1	I b	Lebensalter				Lebens- alters- zulage								
				1	2	3	4	5	6	7	8	9	10			
31	33	35	37	39	41	43	45	47	49							
R 1		2961,07	3171,44	3381,81	3592,18	3802,55	4012,92	4223,29	4433,66	4644,03	4854,40	210,37				
R 2		3464,51	3674,88	3885,25	4095,62	4305,99	4516,36	4726,73	4937,10	5147,47	5357,84	210,37				

R 3	5849,13
R 4	6237,90
R 5	6683,94
R 6	7105,12
R 7	7514,83
R 8	7941,88
R 9	8472,13
R 10	10588,07

5. Bezahlungsordnung H (Hochschullehrer)

Bessol- dungs- gruppe	Ortszu- schlags- Tarif- klasse	Dienstalterstufe													Dienst- alters- zulage	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
H 1		2285,33	2388,63	2491,93	2595,23	2698,53	2801,83	2905,13	3008,43	3111,73	3215,03	3318,33	3421,63	3524,93	3628,23	102,30
H 2		2352,34	2486,28	2620,22	2754,16	2888,10	3022,04	3155,98	3289,92	3423,86	3557,80	3691,74	3825,68	3959,62	4093,56	133,91
H 3	I a	2632,49	2799,73	2945,97	3091,21	3241,45	3388,69	3535,93	3683,17	3830,41	3977,65	4124,89	4272,13	4419,37	4566,61	4713,85
H 4		2918,00	3118,30	3288,60	3458,90	3629,20	3799,50	3969,80	4140,10	4310,49	4480,70	4651,00	4821,30	4991,50	5161,70	5332,20
H 5	I a	3139,68	3225,23	4116,78	4296,33	4481,88	4667,43	4852,98	5038,53	5224,68	5409,63	5595,18	5780,73	5966,28	6151,83	185,55

In den Verbesserungen der Bezahlungsordnung H werden ersetzt:

- der bisherige Höchstbetrag für Sondergrundgehalter in der Bess H 5 durch 6.919,53,
- der bisherige Höchstbetrag für Zuschüsse zur Ergänzung des Grundgehalts durch 1.598,76 DM.

Ortszuschlag
(Monatsbeträge)

Anlage 2

Tarif-Klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
Ia	B 3 bis B 11 C 4 und H 5 R 3 bis R 10	720,65	835,61	933,96	1027,96	1071,58	1154,24	1236,90	1339,86
Ib	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 B 1 bis H 4 R 1 und R 2	607,94	722,90	821,25	915,25	958,87	1041,53	1124,19	1227,15
Ic	A 9 bis A 12	540,29	655,25	753,60	847,60	891,22	973,88	1056,54	1159,50
II	A 1 bis A 8	508,95	618,45	716,80	810,80	854,42	937,08	1019,74	1122,70

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 102,96 DM.

Anlage 3

1. Bundesrechtlich geregelte Amtszulagen, soweit sie im Landesbereich gewährt werden

Amtszulage nach	Betrag in DM
FN 1 zur BesGr A 2	33,39
FN 1 und FN 2 zur BesGr A 3	33,39
FN 1 und FN 2 zur BesGr A 4	33,39
FN 3 zur BesGr A 5	33,39
FN 4 zur BesGr A 9	248,75
FN 7 und FN 8 zur BesGr A 12	144,42
FN 7 zur BesGr A 13	173,30
FN 5 zur BesGr A 14	173,30
FN 7 zur BesGr A 15	173,30
FN 1 und FN 2 zur BesGr R 1	173,30
FN 3, 4, 5, 6 und 10 zur BesGr R 2	173,30
FN 3 zur BesGr R 3	173,30
FN 5 zur BesGr H 3	194,68
mit Erreichen der 15. Dienstaltersstufe	299,46
FN 6 zur BesGr H 3	173,30

2. Landesrechtlich geregelte Amtszulagen

Amtszulage nach / für	Betrag in DM
FN 2 zur BesGr A 14	173,30
FN 5 zur BesGr A 14	202,19
FN 1 zur BesGr A 15	194,68
mit Erreichen der 15. Dienstaltersstufe	299,46
FN 3 und FN 4 zur BesGr A 15	173,30
Bibliotheksräte (k.w.), Oberschul- lehrer (k.w.) und Staatsarchivräte (k.w.) in BesGr A 13	173,30
Realschulrektoren (k.w.) in BesGr A 14	202,19
Regierungsmedizinaldirektoren (k.w.) in BesGr A 15	155,98

**Mindestversorgungsbezüge, Mindestkürzungsgrenzen
ab 1. März 1980**

Ledige und Geschiedene ³⁾ § 40 (1) BBesG	Verheiratete u. Verwitwete § 40 (2) BBesG	§ 40 (5) BBesG
---	---	----------------

**1. Mindestversorgungs-
bezüge nach**

§ 14 Abs. 1 Satz 3,
§ 20 Abs. 1 Satz 3
§ 24 Abs. 1 Satz 3
BeamtVG

Ruhegehalt	1.194,82	1.265,99	1.230,40
	<u>–</u>	<u>17,30</u>	<u>8,65</u>
Absatz 1 Satz 2	1.194,82	1.283,29	1.239,05
 Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	 <u>45,--</u>	 <u>45,--</u>	 <u>45,--</u>
	1.239,82	1.328,29	1.284,05
 Witwengeld¹⁾	 –	 769,98	 –
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	–	<u>45,--</u>	–
	–	814,98	–
 Halbwaisengeld¹⁾	 –	 154,--	 –
 Vollwaisengeld¹⁾	 238,97	 256,66	 –

Stufe 1**Stufe 2**

2. Mindestunfall- und
Mindestkriegsunfall-
versorgungsbezüge
nach § 36 Abs. 3
Satz 3,
§ 39 Abs. 1 und 2,
§ 40
§ 82 Abs. 1 Nr. 3
BeamtVG

Ruhegehalt	1.378,63	1.460,76	1.419,69
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 2)	<u>-</u>	<u>17,30</u>	<u>8,65</u>
	1.378,63	1.478,06	1.428,34
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>
	1.423,63	1.523,06	1.473,34
Witwengeld ¹⁾	-	886,84	-
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)		<u>45,--</u>	
		931,84	
Waisengeld ¹⁾ 2) (§ 39 Abs. 1)	413,59	443,42	-
Halbwaisengeld ¹⁾ (§ 39 Abs. 2)	-	177,37	-
Vollwaisengeld ¹⁾ (§ 39 Abs. 2)	275,73	295,62	-
Unterhaltsbeitrag ¹⁾ (§ 40)	569,46	609,23	-

3. Mindestkürzungsgrenze
nach § 53 Abs. 2 Nr. 1
BeamtVG

Ruhestandsbeamte und Witwen	2.247,72	2.384,59	2.316,15
Waisen	899,09	953,84	-

Stufe 1

Stufe 2

Für Versorgungsempfänger mit Wohnsitz in Berlin

1. Mindestversorgungs-
bezüge nach

§ 14 Abs. 1 Satz 3,
§ 20 Abs. 1 Satz 3,
§ 24 Abs. 1 Satz 3

	Stufe 1	Stufe 2
Ruhegehalt	1.219,96	1.291,13
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 2)	<u>-</u>	<u>17,30</u>
	1.219,96	1.308,43
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>
	1.264,96	1.353,43
Witwengeld 1)		785,06
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	<u>-</u>	<u>45,--</u>
		830,06
Halbwaisengeld 1)	<u>-</u>	<u>157,02</u>
Vollwaisengeld 1)	244,--	261,69

Stufe 1

Stufe 2

2. Mindestunfall- und
 Mindestkriegsunfall-
 versorgungsbezüge nach
 § 36 Abs. 3 Satz 3,
 § 39 Abs. 1 und 2,
 § 40,
 § 82 Abs. 1 Nr. 3
 BeamtVG

Ruhegehalt	1.407,64	1.489,77	1.448,70
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 2)	<u>-</u>	<u>17,30</u>	<u>8,65</u>
	1.407,64	1.507,07	1.457,35
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>
	1.452,64	1.552,07	1.502,35
Witwengeld ¹⁾		904,25	
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	<u>-</u>	<u>45,--</u>	<u>-</u>
		949,25	
Waisengeld ^{1) 2)} (§ 39 Abs. 1)	422,30	452,13	-
Halbwaisengeld ¹⁾ (§ 39 Abs. 2)	<u>-</u>	180,85	-
Vollwaisengeld ¹⁾ (§ 39 Abs. 2)	281,53	301,42	-
Unterhaltsbeitrag ¹⁾ (§ 40)	581,06	620,83	-

3. Mindestkürzungsgrenze
 nach § 53 Abs. 2 Nr. 1
 BeamtVG

Ruhestandsbeamte und Witwen	2.296,07	2.432,94	2.364,50
Waisen	918,43	973,18	-

Zu den Mindestversorgungsbezügen und Mindestkürzungsgrenzen treten ggf. noch Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamtVG, zum Vollwaisengeld ggf. zusätzlich der Ausgleichsbetrag nach § 50 Abs. 3 BeamtVG. Bei den Mindestkürzungsgrenzen für Waisen ist ein ihnen ggf. zustehender Unterschiedsbetrag nach § 50 Abs. 1 BeamtVG in die Anteilsberechnung (40 %) einzubeziehen. Die Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamtVG betragen

für 1 Kind	98,35 DM
für 2 Kinder	192,35 DM
für 3 Kinder	235,97 DM
für 4 Kinder	318,63 DM
für 5 Kinder	401,29 DM
für 6 Kinder	504,25 DM.

Bei mehr als 6 Kindern erhöht sich der Unterschiedsbetrag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 102,96 DM.

-
- 1) Die §§ 25, 42 BeamtVG sind zu beachten. Die Erhöhungsbeträge und die Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamtVG bleiben bei der anteiligen Kürzung außer Betracht.
 - 2) Waisengeld gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 2 BeamtVG in Höhe von 30 vom Hundert des Unfallruhegehalts kommt bei Kriegsunfallversorgung nicht in Betracht.
 - 3) Ledige und Geschiedene, die die Voraussetzungen des § 40 Abs. 2 Nrn. 3 und 4 BBesG und des Artikels 1 § 2 Abs. 2 und 3 HStruktG erfüllen, erhalten die Mindestsätze der Stufe 2.

Anlage 5

I.

Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratetenzuschlag
 (Monatsbeträge in DM)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vor- bereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag vor Vollendung des 26. Lebens- jahres	Grundbetrag		Verheiratetenzu- schlag	
		nach Vollendung des 26. Lebens- jahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2	
A 1 bis A 4	764	858	243	81	
A 5 bis A 8	917	1046	280	81	
A 9 bis A 11	1081	1232	324	81	
A 12	1382	1557	355	81	
A 13	1432	1610	361	81	
A 13 + Zulage	1484	1665	366	81	
(Artikel II § 6 Abs. 4 1. BesVNG) oder R 1					

II.

Unterhaltsbeihilfen

Verwaltungslehrlinge	505 DM
Verwaltungspraktikanten	595 DM

Anlage 6

Abschnitt II
Zusätzliche Zahlung

§ 5

Eine zusätzliche Zahlung nach § 6 erhalten die am 1. März 1980 vorhandenen Empfänger von Dienstbezügen (§ 1 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes), die

1. während des ganzen Monats März 1980 bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 29 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes) in einem hauptberuflichen Dienst- oder Arbeitsverhältnis oder einem Ausbildungsverhältnis gestanden haben und
2. für mindestens einen Tag im Monat März 1980 Dienstbezüge erhalten haben.

§ 6

(1) Die Zahlung beträgt für Empfänger von Dienstbezügen, bei denen die Erhöhung von Grundgehalt, Amtszulagen und Ortszuschlag der Stufe 2 für den Monat März 1980 nicht den Betrag von 110 Deutsche Mark erreicht, das Zwölffache des Unterschiedsbetrages.

(2) Bei teilzeitbeschäftigen Empfängern von Dienstbezügen tritt an die Stelle des Betrages von 110 Deutsche Mark der Teilbetrag, der dem Verhältnis der ermäßigen zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

(3) Bei Beamten, die durch das Amt nicht voll in Anspruch genommen sind, tritt an die Stelle des Betrages von 110 Deutsche Mark der Teilbetrag, der dem Maß der Inanspruchnahme durch das Amt entspricht.

(4) Bei beurlaubten Empfängern von Dienstbezügen tritt an die Stelle des Betrages von 110 Deutsche Mark der Teilbetrag, der dem Verhältnis der während der Beurlaubung gewährten Bezüge zu den vollen Bezügen entspricht.

(5) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, so finden §§ 7, 54 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechende Anwendung.

(6) Maßgebend für die Fälle der Absätze 2 bis 5 sind die Verhältnisse am 1. März 1980.

§ 7

Erreicht die Erhöhung der Versorgungsbezüge am 1. März 1980 vor Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften und ohne Berücksichtigung des Unterschiedsbetrages nach § 50 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechenden Vorschriften

1. bei Empfängern von Ruhegehalt, Unterhaltsbeiträgen in Höhe des Ruhegehalts oder Übergangsgebühren nicht den Betrag von 82,50 Deutsche Mark,
2. bei sonstigen Versorgungsempfängern nicht den ihrem Anteilssatz entsprechenden Teilbetrag von 82,50 Deutsche Mark, so erhalten sie eine zusätzliche Zahlung in Höhe des Zwölffachen des Unterschiedsbetrages. Bei nach § 69 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes versorgungsberechtigten geschiedenen Ehefrauen, deren Versorgungsbezüge in festen Beträgen festgesetzt sind, ist als Anteilssatz der Hundertsatz zugrunde zu legen, der dem Verhältnis dieser Beträge zum Ruhegehalt entspricht. § 6 Abs. 3 dieses Gesetzes gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt.

(2) Bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend. Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(3) Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(4) Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften finden keine Anwendung.

(5) Im Sinne der Absätze 1 bis 4 stehen der Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 53 Abs. 5 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechende Vorschriften) der Zahlung nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im einzelnen nicht übereinstimmen.

(6) Ist nach Anwendung der Absätze 1 bis 5 einem Anspruchsberechtigten aus dem vorgehenden Rechtsverhältnis ein geringerer Betrag zu zahlen, als ihm aus einem nachrangigen Rechtsverhältnis zustehen würde, ist ihm der Unterschied aus dem anderen Rechtsverhältnis zu zahlen.

Anlage 7**Abschnitt IV**
Übergangsvorschrift**§ 10**

Empfänger von Dienst- oder Anwärterbezügen, deren Grundgehalt nebst Amtszulagen und Ortszuschlag der Stufe 2 oder deren Anwärterbezüge 1900 Deutsche Mark monatlich nicht erreichen, erhalten in der Zeit vom 1. März 1980 bis 28. Februar 1981 eine Zulage nach § 11.

§ 11

(1) Die Zulage beträgt monatlich 13 Deutsche Mark, bei teilzeitbeschäftigen Beamten monatlich 8,50 Deutsche Mark.

(2) Für die Höhe der Zulage sind jeweils die Verhältnisse am Ersten des Kalendermonats maßgebend.

(3) Die Zulage ist mit den Dienst- oder Anwärterbezügen zu zahlen.

§ 12

Die Zulage wird für jeden Berechtigten im Kalendermonat nur einmal gewährt. § 8 Abs. 2 Satz 1 und Absatz 5 dieses Gesetzes gilt entsprechend.

- MBl. NW. 1980 S. 934.

Einzelpreis dieser Nummer DM 3,20

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 360301 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 59,- DM (Kalenderhalbjahr), Jahresbezug 118,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10. für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888293/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 65 18-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf

ISSN 0341-194 X